D-01-501

Eindämmung, Erholung und Erneuerung

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat - Digital
2. Mai 2020

Antragsteller*in: Karolina Ziehm (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 500 bis 501 einfügen:
einzelne EU-Mitgliedstaaten weiterhin blockieren, braucht es eine Koalition der Willigen als ersten Schritt zu einer europäischen und globalen Lösung.
Die Folgen der Corona-Krise treffen nicht alle gleich. Massenarbeitslosigkeit und die Folgen eines schwachen Gesundheitssystems werden süd- und osteuropäische Staaten besonders hart treffen. Laut Internationalen Währungsfonds wird die Arbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland auf über 20 % steigen. Gerade junge Menschen werden davon besonders stark betroffen sein und Ältere leiden am Stärksten unter den Folgen eines auf Verschleiß gefahrenen Gesundheitssystems.

Während immer mehr Europäer*innen vor existenziellen Fragen stehen, bleiben die Vermögen von den reichsten 1 % in der EU hoch. Wenn sich infolge von Corona diese Spaltung weiter verschärft, ist die EU existenziell gefährdet. Um die sozialen Folgen der Krise abzumildern, die Krisenkosten fair aufzuteilen und um die EU zusammenzuhalten, schlagen wir eine europäische Vermögensabgabe vor.

weitere Antragsteller*innen

Rasmus Andresen (KV Flensburg); Jens Christoph Parker (KV Osnabrück-Stadt); Patrick Haermeyer (KV Mannheim); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Niklas Hendrik Nienaß (KV Rostock); Lasse Petersdotter (KV Kiel)